

**Bezugspreise:**  
Der Heft monatlich bei zweimonatlicher  
Lieferung 2,50 Mark, vierteljährlich  
7,25 Mark, die halbjährlich 12,75 Mark.  
Einzelhefte 40 Pf., Restlos  
ab 100 mm breite Millimeter  
schichten angenehmer. Bei  
entfällt, Zeitungsergebnis unter  
Ecole-Zeitung eingetragen. Für  
amerikanische eingegangene Manu-  
skripte sind keine Gewähr über-  
nommen. Rücksende nur mit der  
Originalangabe „Ecole-Zeitung“ ge-  
boten. Ferner der Geschäftsleitung, Nr.  
1140, oder der Geschäftsleitung, Nr.  
1133, oder des Verlags, Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

# Zoole-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigepreise:**  
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Samstagsanzeigen 40 Pf., Restlos  
ab 100 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
andere Geschäftsstellen a. sämtliche  
Anzeigengattungen. Erfüllungsort  
Salz. Telefon täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Anzeigenschein: Salz. Haupt-  
geschäftsstelle: Salz. Neue Drom-  
nade 1a, Dr. Draubausstr. 17.  
Neben-Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 32 und Markt 24.  
Postfach-Nr. Krato Leipzig Nr. 4004.

Nr. 188.

Salz, Sonnabend den 23. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Amerikas bedingte Vermittlungs- bereitschaft.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Am gleichen Tage, dem 22. April, ist die deutsche Öffentlich-  
keit plötzlich vor drei Tatsachen gestellt worden. Die erste  
ist die Note, in der die deutsche Reichsregierung den Präsi-  
denten Harding hat, die Summe festzusetzen, die Deutschland  
als Gesamtschuldigung zinsen soll, und in der sie sich ver-  
pflichtete, den Schiedspruch des Präsidenten unter allen Um-  
ständen zu erfüllen; die zweite: die Antwort Amerikas, die  
den Schiedspruch ablehnt, dafür aber vertritt, geeignete  
deutsche Vorschläge den Alliierten zur Beachtung zu empfehlen;  
die dritte: die Absendung einer an den Wiedergutmachungs-  
ausschuss gerichteten deutschen Note, in der vor allem Pläne  
zum Wiederaufbau entworfen werden. Die Amerikaner ist  
am Abend des 20. April übermietet worden, die Antwort  
seiner am Vormittag des 22. April. Am 22. ward die zweite  
„Reparations“ abgelehnt. In der Reichstagsitzung vom  
22. gab Minister Simons, nachdem Besprechungen beider  
Konten mit den Kabinettsmitgliedern und Parteiführern  
vorausgegangen waren, eine Erklärung ab, in der er fest-  
stellte, daß der Schiedspruch abgelehnt, die Vermittlung da-  
gegen insofern angenommen sei, als die Vereinigten Staaten  
den Wunsch nach förmlicher Wiederaufnahme der Verhand-  
lungen, auf Grund geeigneter deutscher Vorschläge ausdrück-  
ten. Solche Vorschläge sofort ausgearbeitet, sei nun die nächste  
Pflicht. Zur Begründung seines Schrittes an Amerika führte  
der Minister an, daß alle Versuche, durch andere Vermittler  
mit den Gegnern oder mit den Vereinigten Staaten Föhigung  
zu bekommen, fehlerhaft seien, und daß weder die deut-  
schen Wiederaufbaupläne noch die amerikanischen Vorschläge  
hätten, ohne Unterbrechung durch eine vergleichsweise unpar-  
teitliche Macht die Zustimmung der Alliierten zu finden.

Man hat die deutsche Note einen „Verzweigungsschritt“  
genannt. Kein Zweifel, daß sie dies ist. Aber war nicht  
auch die Lage, aus der heraus die Reichsregierung so gläubig  
handeln zu müssen, verzweigt? Die Entschädigungssumme,  
die der Verband für angemessen hält, ist in Paris genannt  
worden. Deutschland ist unglücklich, diese Summe zu zahlen,  
und auch die Gegner mühen sich das „Wie“ der Aufbringung  
nicht zu sagen. Das sollte in London nachgeholt werden.  
Von beiden Seiten wurden Vorschläge gemacht, von beiden  
als unausführbar abgelehnt, die Verhandlungen drohen zu  
platzen. Was nun? Wozu war Deutschland bereit, neue  
Angebote zu machen, es übernahm die doppelte Aufgabe, die  
verwundeten Gebiete wieder herzustellen und seinen Gegnern  
(durch Befriedigung von Antieken) Geldhilfe zu leisten. Da  
jedoch die Pariser Forderung nach wie vor als unerfüllbar  
gilt, mußte man annehmen, daß auch die neuen deutschen  
Vorschläge den Gegnern im einzelnen vielleicht erörterbar,  
in ihrer Gesamtheit aber unzulänglich sein würden. In  
der Tat hat der Verband (nicht nur Frankreich) seit dem Ab-  
bruch der Londoner Verhandlungen seine Maßnahmen darauf  
ingerichtet, auf den Zahlungswillen, nicht mehr auf die  
Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu wirken. Die Amerikaner  
war der Bemerkung, daß die deutsche Regierung einwilligen  
darf, verweigert hatte, einen Gesamtschuldpruch zu machen,  
der gleichzeitig den deutschen Möglichkeiten und den Forderungen  
des Verbandes genügen läßt.

Der Stillstand in Amerika war somit in der Tat das Ge-  
schick. Wir wissen nicht weiter. Aber sind nicht auch die  
Gegner in das gleiche Dilemma geraten? Auch sie haben seit  
London nicht anderes mehr genutzt, als Deutschland mit Ge-  
walt und Drohung in eine Zahlungsbereitschaft hineinzu-  
zwingen, von der niemand wollte, wie sie in tatsächliche  
Leistungen umgesetzt werden konnte. Auch wenn Harding  
eine Summe festgesetzt hätte, wäre die Kernfrage, die noch  
der Verwirklichung, nach wie vor ungelöst geblieben, und es  
hätte der Durchführung bedürftig. Die fordert Harding darum;  
läßt aber durchscheinen, daß er von den Verbandsmitgliedern,  
die ohne amerikanische Mitarbeit ja doch nicht imstande sind,  
die Entschädigungsfrage weltwirtschaftlich zu lösen, etwas  
mehr Geduld und etwas mehr Rücksicht auf die wirtschaft-  
lichen Lasten erwartet.

Diese Klugheitsübung ist der, wenn auch bescheidene, Gewinn  
der deutschen Amerikaner.

## Stiegen des Marktwertes in New York.

Berlin, 23. April. (Rein-Tele.) Die deutsche Mark flachte  
sich gestern an der New Yorker Börse erheblich höher, woraus  
man folgert, daß das amerikanische Publikum weitere Schritte  
seiner Regierung erwartet.

## Die Mark in der Schweiz.

Safer, 23. April. (Eig. Drahtnachricht.) In der  
Finanzkrisis der Schweiz steht man die derzeitige Lage recht  
 pessimistisch an. Man befürchtet eine allgemeine europäische  
Krisis und einen Zusammenbruch Deutschlands, wenn die  
Alliierten ihre neuen Strafmaßnahmen in der Tat umsetzen.  
Der Sturz der Mark ist so groß, wie seit über einem Jahre  
nicht mehr.

## Zum Wiederaufbau Frankreichs.

Paris, 23. April. Der vom allgemeinen Arbeiter-  
verband einberufene Kongress über den Wiederaufbau in  
Frankreich hat seine Arbeiten gestern Abend beendet und den  
Beschlüssen gemäß ein Aktionskomitee einberufen, das sich mit  
der französischen Regierung in Verbindung setzen soll, um  
allgemeine Grundlinien für den Wiederaufbau festzusetzen,  
in enger Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Orga-

nisationen der Geschädigten und mit dem Arbeiterverband  
eine praktische Lösung des Wiederaufbauproblems zu finden.  
Das Aktionskomitee wird seine erste Sitzung am 8. Mai ab-  
halten. Der geistige Kongress endete mit der Annahme einer  
Entschließung, in der zum Ausdruck kommt, daß der Haupt-  
schwerpunkt der Arbeit in jener Arbeit und in seiner Pro-  
duktion zu liegen liege und daß infolgedessen ein Wiederaufbau-  
programm unter Mitbeteiligung der deutschen Arbeiter  
kaum denkbar sei.

Paris, 23. April. Auf dem Kongress des allgemeinen  
Arbeiterverbandes wurde im Verlauf der Debatte erklärt,  
daß am 23. April auf dem Kongress in London die französi-  
sche Gewerkschaftler mit den Vertretern der deutschen Ar-  
beiterorganisationen zusammenkommen würden und alsdann  
Unterstützung darüber beschlossen werden würde, auf welche  
Mitarbeit von deutscher Seite gezählt werden könne. Eine  
ganze Reihe von Bürgermeistern traten für Beteiligung der  
deutschen Arbeiter ein. Ferner wurde bekanntgegeben, daß  
sich die Kosten des Wiederaufbaus auf 50 Milliarden in  
Bar belaufen würden. Franzosen müßten 20 Jahre für den  
Wiederaufbau bezahlen. Deutsche Arbeiter und deutsche  
Materialien seien unbedingt erforderlich. Auch im Namen der  
r. schiedenen Gewerkschaften wurde die Erklärung ab-  
gegeben, daß das Land wieder aufgebaut werden müsse, und  
dies war mit deutscher Hilfe.

## Der englische Gewerkschaftskongress gegen die Befehle des Kriegsgebietes.

London, 23. April. Der parlamentarische Ausschuss des  
Gewerkschaftskongresses veröffentlicht eine Erklärung, in der  
es heißt: „Dem Befehl der Regierung des Kriegsgebietes sollte  
mit allen Mitteln Widerstand entgegengebracht werden.“  
Die kritischen Fragen wären einem neutralen Schiedsgericht  
zu überweisen.

## Italien für eine Versöhnungspolitik.

Rom, 23. April. (Eig. Drahtnachricht.) Die offiziellen  
Blätter „Tribuna“, „Messaggero“ sowie der „Corriere d'Italia“  
besprechen das, was bisher von den deutschen Vorschlägen  
verlautet, als durchaus lobenswert. „Frankreich trete ihm, wenn  
es hoffe, daß England seine Freundschaft mit Amerika den  
Franzosen offenwerbe.“ Italien werde nach wie vor jede  
Versöhnungspolitik unterstützen.

## Sittens gegen die Politik.

Der Pariser „Antranigean“ berichtet über eine Unter-  
redung, die sein Mitarbeiter de Gobart im Hotel Wilson mit  
Juno Sittens hatte. Sittens hat u. a. erklärt: „Man ver-  
liere nur Zeit mit dem Geschwätz von Politikern, die von  
Kammer und Presse wie Hampfmannen aufgeblasen werden.“  
Es sei notwendig, daß Geschäftsleute zusammen-  
zutreffen und ohne Haß miteinander reden. Man dürfe keine  
Konferenzen mehr abhalten, bei denen jeder den Redner  
auf der Tisch neben sich lege. Zur Abtötung der franten Welt  
sei die Konföderation einiger Völker hinter geschlossenen  
Türen erforderlich. Deutschland würde etwas Umnägen  
anbieten, wenn es sich bereit erkläre, auch nur die Zinsen  
einer Anleihe von 50 Milliarden zu zahlen. Wenn die Ver-  
bündeten auf bezuglich rechneten, würden sie neue Ent-  
schädigungen erleben. Frankreich hätte seit zwei Jahren  
Material und Arbeiter für den Wiederaufbau erhalten  
können. Es würde sich kein Deutscher gefunden haben, um  
sie ihm abzugeben. Aber Frankreich wolle gar nicht die  
Wiedergutmachung, sondern lebe nur auf die Demütigung  
Deutschlands ab. Augenblicklich be es in der Welt nur  
zwei Länder, diejenigen, die dank ihrer Valuta Roh-  
stoffe kaufen können und die anderen. Weib: seien dem  
Untergang verfallen, wenn es nicht gelingen sollte, sich über  
gegenseitige Hilfe zu verständigen. Man löse Geld finden,  
aber nur, wenn man der Welt das Beispiel einer vollstän-  
digen Zusammenarbeit gebe. Alle Geschäftseute wüßten,  
daß verlässbares Geld zu finden wäre, nur die Politiker  
wüßten es nicht. Er (Sittens) verlasse sein Land vor dem  
Untergang zu retten und rettete damit zugleich die anderen  
Länder.

## Eine russische Frühjahrsoffensive?

Stettin, 23. April. Die Sowjetkommunisten besprechen  
die Möglichkeit einer Frühjahrsoffensive, für die sie fünf  
Armeen und Truppenteile in der Nähe des Ostens aus-  
wählen.

London, 23. April. Den „Times“ zufolge hat Trotski in  
einer Rede in Moskau erklärt, daß die rote Armee binnen  
kurzem eine neue Offensive im Osten beginne und ebenso  
einen Krieg gegen Polen.

## Zur Abstimmung in Tirol.

Innsbruck, 23. April. Für die Sonntag stattfindende  
Anschlußabstimmung erwartet man hier 8000 Abstim-  
mungsberechtigte aus Deutschland und Oester-  
reich. Die Stadt trägt Flaggenschmuck.

## Gemeinsame Tagung des Vereins des Deutschtums im Auslande und des Deutschen Schulvereins in Salzburg.

Vom Verein für das Deutschtum im Ausland wird der  
„Deutscher Anzeiger“:  
Der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA.) und  
der Deutsche Schulverein, diese bedeutendsten Schulvereine  
für das Deutschtum im Sprachengebiet und im Aus-  
lande, haben unlängst ihre Vereinigung beschlossen. Zu

hingehen hatten beide Vereine ihre Tagung in Salzburg ab-  
gehalten. Die gemeinschaftliche Tagung wird im Herbst im Zeichen  
der erfolgten Vereinigung, für den 23. April, in die Tagung  
zugleich die Zeit seines vierzigjährigen Bestehens. Die be-  
deutendsten Programmpunkte sind: Sonnabend, 14. Mai, nach-  
mittags, gemeinsame Sitzung der beiden Vereine zusammen  
mit anderen Schulvereinen, abends Festvorstellung im  
Theater, Sonntags Volapük im Kurhaus und Kurgarten,  
Montag vormittags gemeinsamer Vertreterversammlung im Theater,  
nachmittags Tagung der Vertreterinnen der Frauengruppen  
des VDA., abends Festabend im Kurhaus. Dienstag und  
Mittwoch findet die Hauptversammlung des VDA. statt.  
Vorgesehen sind ferner Besichtigung von Salzburg und Aus-  
flüge in die Umgebung. Anmerkungen für die Teilnahme an  
der Hauptversammlung sowie die Wünsche über Unterkunft  
sind so schnell wie möglich an den Obmann des Wohnungs-  
ausschusses, Herrn Hofrat Dr. Trubig in Salzburg, Elisabeth-  
straße 41, zu richten. Die Besichtigung des Landes Salzburg  
bringt der Tagung großes Interesse entgegen, gibt es doch in  
diesem deutschen Lande kaum eine Familie, in der nicht ein  
Mitglied dem Deutschen Schulverein nahesteht. Es ist auch  
mit einer starken Beteiligung der Freunde des Vereins für  
das Deutschtum im Ausland im Reich zu rechnen. Die öster-  
reichische Regierung hat eine Ermächtigung der Sichtvermerks-  
gebühren auf 50 Heller Gold, oder 6 Mark, angeordnet. Die  
österreichischen Konsulate sind angewiesen, Mitglieder des  
VDA., die sich als solche ausweisen, für die Reise zur Haupt-  
versammlung den Sichtvermerk für die Wünsche über Unterkunft  
zu erteilen. Die Reichsregierung hat bei den Landesregierungen angefragt,  
den Mitgliedern des VDA. den Besuch der Hauptversammlung  
in Salzburg durch Ermäßigung der Reise- und Sichtvermerks-  
gebühren zu erleichtern.

## Stegerwald und sein Programm.

Die Regierungserklärung, die gestern der neue preu-  
ßische Ministerpräsident Stegerwald vor dem Landtage ver-  
les, war kein reineres Wort, aber ein Dokument  
von vornehmer Sachlichkeit und eine Skizze aller Staats-  
notwendigkeiten. Die politische Grundlage seines Kabinetts  
wird unzweifelhaft bestimmt durch die Worte, daß die neue  
Regierung einmütig auf dem Boden d. r. Reichs- und Landes-  
neutralität steht und entschlossen ist, die vom Volke erwünschte  
republikanische Verfassung mit allen staatlichen Mitteln  
nach allen Seiten hin energisch zu verteidigen. Damit charak-  
terisiert es sich als Ministerium der demokratischen Selbst-  
behauptung, dem sich alle Parteien und Kreise anschließen  
können, die ehrlich gewillt sind, auf dem Boden der gegen-  
wärtigen Verfassung praktisch mitzuarbeiten.  
Es ist selbstverständlich, daß eine solche Regierungserklärung  
nicht alle Fragen im Detail behandeln kann. Dennoch  
gibt sie stat in einzelne und umreißt kurz die Aufgaben der  
nächsten Zukunft. Der Ministerpräsident fügte die Einzel-  
heiten in den Rahmen eines klaren verfassungsmäßigen Be-  
kenntnisses, aber dieser Rahmen enthielt auch das Bekenntnis  
zu allen nationalen Notwendigkeiten. Die entfehlende  
außenpolitische Lage, das gefährdete Rheinland und die fest-  
stehende, daß sich Deutschland zu Deutschland bekannt habe,  
haben sich aus den Wiedergängen der demokratischen Selbst-  
behauptung gefälliger Betrachtungen hervor, in die jeder dann  
sich die Debatte fällt.

Der sozialdemokratische Sprecher Siering bewies  
sich feiner als in der Vergangenheit für die augen-  
blickliche Lage des Vaterlandes, und sein Ton  
war in hohem Maße unorthodox. Obwohl der Minister-  
präsident, um alle Zweifel zu zerstreuen, sich einer Neuwahl  
unterzogen hat, beschränkte dennoch Herr Siering das Kabi-  
netts als ein des Wortbruches. Um die sozialistische Oppo-  
sition zu rechtfertigen, mußte er die Unwahrscheinlichkeit  
fröhen, daß die Regierung eine Rechtsregierung sei. In der besten  
Schlichtungsfähigkeit bestrah er die ganzen internationalen  
Verhandlungen, die doch durch die Neuwahl des Minister-  
präsidenten völlig gegenstandslos geworden sind. Die un-  
günstigen persönlichen Angriffe auf einige Zentrumsmitglieder  
gaben dann dem Zentrumsführer Herold Anlaß, gegen die  
parlamentarische unqualifizierbare Art des sozialistischen  
Kampfes scharfen Protest zu erheben. Die Rede des sozial-  
istischen Sprechers hat gezeigt, daß man in der sozialdemo-  
kratischen Fraktion zwar Herrn Helmann nach außen hin  
satt gestellt hat, daß sein höherer Geist aber die Fraktion und  
den Fraktionsführer vollkommen beherrscht.

Gegenüber diesem hemmungslosen und wenig verant-  
wortungsbewußten Sargen, erwiebs die Rechts-  
partei als raffinierte Taktik. Die Sozialisten des  
Breitenhauses haben nicht begriffen, daß es befähigt  
sich gebären, sie um so mehr das neue Kabinetts setzen.  
Weder ihr Wortswall noch ihre Druck schmähere vermag  
an der Tatsache etwas zu ändern, daß die neue Regierung  
keine Rechtsregierung ist, daß kein Minister im Zusammen-  
wirken mit der Rechten ernannt worden ist und daß nie-  
manden von rechts her ein Einfluß auf die Fassung des Pro-  
gramms zugestanden worden ist. Das Programm, das der  
Ministerpräsident entwarf, ist, kann nur von einer Regie-  
rung der breiten Mitte durchgeführt werden. Erleibt  
die Sozialdemokratie in blindem Fanatismus ihre Selbst-  
auswählung auch weiterhin, so läßt sich lediglich die wohl-  
verstandenen Arbeiterinteressen.

## Das provisorische Ortsklassenverzeichnis

ist dem Reichsrat zugegangen. Es umfaßt einen für diesen  
Land. Der Reichsrat wird zu diesen Vorschlägen ein bloß  
Gutachten abgeben. Ohne Änderungen dürfte die  
Verabschiedung erfolgen. Dasselbe wird vom Reichsrat ge-  
schehen. Dem Reichstag wird die Vorlage am Montag unter-

